

Stellungnahme

zu den Entwürfen der Kernlehrpläne Wirtschaft, Wirtschaft und Arbeitswelt, Gesellschaftslehre in der Sekundarstufe I (Haupt-, Real-, Gesamt- und Sekundarschule)

Aufgrund der heterogenen Situation und der zum Teil defizitär verankerten ökonomischen Bildung im allgemeinbildenden Schulwesen hat sich Ende 2019 das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland (BÖB) gegründet. Als Netzwerk von Lehrkräften, Verbänden, Stiftungen, Wirtschaft und Wissenschaft setzt sich dieses Bündnis für die Stärkung der ökonomischen Bildung ein. Aktuell gehören zu diesem Bündnis mittlerweile ca. 70 Institutionen (siehe www.boeb.net).

Vor diesem Hintergrund sind die aktuellen Bemühungen der Bildungspolitik in NRW aus unserer Sicht grundsätzlich sehr erfreulich. Die konkrete Umsetzung lässt aber viele Fragen offen und veranlasst zu einer differenzierten Einschätzung der Gesamtlage. Dies wird auch an den aktuell in der Verbändeanhörung befindlichen Lehrplänen für die ökonomische Bildung in der Sekundarstufe I deutlich.

Das BÖB wird an dieser Stelle die Lehrpläne nicht inhaltlich kommentieren, weil dies bereits Mitglieder des Bündnisses detailliert gemacht haben. Es geht hier eher um eine grundsätzliche Einschätzung dazu, ob und inwieweit die Entwürfe der Kernlehrpläne in ihrer Grundstruktur eine ökonomische Bildung in dem Sinne fördern, wie es das BÖB für dringend erforderlich hält. Dazu nehmen wir Bezug auf das Eckpunktepapier des BÖB, das von allen Beteiligten Institutionen mitgetragen wird. Anhand der ersten beiden Eckpunkte, die sich konkret auf den Unterricht und die Lehrerbildung beziehen, soll im Folgenden kurz Stellung bezogen werden zu den aktuellen Kernlehrplänen in NRW.

Eckpunkt 1: „Ökonomische Bildung muss für alle Schülerinnen und Schüler in Deutschland in hinreichendem Umfang und verpflichtend im Schulunterricht verankert werden.“

Zur Beantwortung der Frage, ob die neuen Kernlehrpläne in NRW diese Anforderung erfüllen, muss differenziert werden. An den Realschulen wurde mit dem neuen Fach Wirtschaft eine Lösung gefunden, die es ermöglicht, dass ökonomische Bildung in hinreichendem Umfang bei den Schülerinnen und Schülern ankommt. Ungeachtet denkbarer Anmerkungen im Detail sind die sechs Inhaltsfelder fachlich und fachdidaktisch plausibel. So finden sich diese Inhalte in allen gängigen Konzepten ökonomischer Bildung wieder und auch alle drei Leitbilder ökonomischer

Bildung – mündige Verbraucherinnen und Verbraucher, mündige Erwerbstätige und mündige Wirtschaftsbürgerinnen und Wirtschaftsbürger – werden ausgebildet, auch wenn die betriebswirtschaftliche Perspektive insgesamt recht kurz kommt.

Zunächst einmal gilt dies auch für den Kernlehrplan Wirtschaft und Arbeitswelt für die Hauptschulen, weil die sechs Inhaltsfelder gleich sind. Hier kommen aber je fünf weitere Inhaltsfelder für die Hauswirtschaft und die Technik hinzu. Offen bleibt, wie in einem Lernbereich diese 16 Inhaltsfelder qualitativ und quantitativ seriös unterrichtet werden sollen.

Noch einmal anders stellt sich die Situation an den Gesamt- und Sekundarschulen dar. Die 11 Inhaltsfelder decken ein enorm breites Spektrum ab von politischen, historischen, geografischen, ökonomischen, ökologischen, technologischen bis hin zu soziologischen Themen ab. Ein Inhaltsfeld ist ökonomisch ausgerichtet und ein weiteres thematisiert das Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie am Beispiel Konsum. Es bleibt völlig offen, wie in einem solchen Fach seriös unterrichtet werden soll. Die oftmals überstrapazierte Metapher der ‚eierlegenden Wollmilchsau‘ ist hier noch eine Verharmlosung. So kann ökonomische Bildung aus unserer Sicht nicht gefördert werden – genauso wenig wie übrigens die politische, geografische, soziologische oder historische Bildung.

Eckpunkt 2: „Wirtschaftslehrkräfte müssen fachwissenschaftlich und wirtschaftsdidaktisch qualifiziert sein.“

Noch gravierender werden die Probleme durch die heterogenen Fachkonstruktionen an den verschiedenen Schulformen mit Blick auf die Lehrerbildung. Für welches Fach sollen (G)HR-Lehrkräfte in NRW ausgebildet werden? An den Hochschulen wird im Studium nicht zwischen den Schulformen unterschieden, zu denen die Kernlehrpläne vorliegen. Gibt es also einen Master of Education für Wirtschaft, für Wirtschaft und Arbeitswelt oder für Gesellschaftslehre? Und wie würde dann für die jeweils anderen Schulformen ausgebildet? Die Universitäten bzw. die entsprechenden Fakultäten werden in der Lehrerbildung an den entsprechenden Hochschulstandorten ‚Behelfs-Lösungen‘ bauen müssen, weil es in NRW nicht gelungen ist, eine einheitliche Fachlösung für die Sekundarstufe I zu finden.

Bei der Gesellschaftslehre kommt noch hinzu, dass unklar ist, wie sich die mindestens fünf beteiligten Hochschuldisziplinen die Kreditpunkte für ein Lehramtsfach aufteilen sollen und wer das inhaltlich verantworten soll.

Eckpunkt 3: „Schülerinnen und Schüler sollen Bezüge zur Arbeitswelt erleben können.“

Gerade die ökonomische Bildung hat den lerntheoretisch begründbaren Vorteil, dass sich zahlreiche ökonomische geprägte Lebenssituationen identifizieren lassen, die exemplarisch in den Unterricht eingebunden werden können, sodass ein Lernen an authentischen Problemstellungen mit Realitätsbezügen möglich wird. Besonders eignen sich dazu Praxiskontakte zwischen Schule und

Wirtschaft. Für die Schülerinnen und Schüler steckt eine große Chance darin, theoretisches Wissen praktisch anzuwenden und Gelerntes zu verfestigen.

Solche Lernkooperationen zwischen Schulen und Wirtschaft sind heutzutage auch in den allgemeinbildenden Schulen in NRW oftmals ein fester Bestandteil des schulischen Alltags. Umso mehr verwundert es, dass dies in den drei Kernlehrplänen für die Fächer, in denen ökonomische Bildung (anteilig) unterrichtet werden soll, so gut wie keine Erwähnung findet. Es gibt lediglich einen allgemeinen Verweis auf außerschulische Partner. Damit wird ein wichtiger Ansatzpunkt verspielt, um im Wirtschaftsunterricht eine komplementäre Zusammenführung von Erkenntnis (Unterricht) und Erfahrung (Wirtschaftspraxis) bewirken zu können. Praxiskontakte Wirtschaft sollten im Kernlehrplan deutlich höher gewichtet und systematisch mit den Unterrichtsinhalten verknüpft werden, um eine Einbettung von Praxiserfahrungen in übergeordnete Sach- und Sinnzusammenhänge zu ermöglichen.

Eckpunkt 4: „Deutschland braucht eine nationale Strategie für ökonomische Bildung.“

Es ist deutlich geworden: An den Realschulen in NRW wird ein Fach kommen, aber ob eine wirtschaftswissenschaftlich und wirtschaftsdidaktisch fundierte Lehrerausbildung für dieses Fach sichergestellt werden kann, muss mit Blick auf die heterogene Fächersituation in der Sekundarstufe I in Frage gestellt werden. Die Hauptschulen werden mit Inhaltsfeldern quantitativ überladen und an den Gesamt- und Sekundarschulen hat man eine Überfrachtung an beteiligten Disziplinen bzw. Perspektiven vorgenommen. Es ist hier nicht abzusehen, wie Wirtschaftsunterricht oder eine ökonomische Lehrerausbildung qualitativ hinreichend gewährleistet werden soll. Die sehr heterogene und z.T. stark von Insellösungen und Kompromissen gekennzeichnete Situation kann weder als schlüssiges Gesamtkonzept für NRW noch als Beitrag zu einer nationalen Strategie für die ökonomische Bildung angesehen werden. NRW könnte mit einer einheitlichen Fächerstruktur ein klareres Signal pro ökonomische Bildung setzen und somit eine Vorreiterrolle in Deutschland neben z.B. Baden-Württemberg einnehmen, wo das Schulfach Wirtschaft und Berufs- und Studienorientierung 2016 eingeführt wurde.

Das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland als Netzwerk hat sich das Motto „Voneinander lernen. Miteinander gestalten“ gegeben. Gerne stellen wir der Landesregierung bei der weiteren Entwicklung der ökonomischen Bildung in NRW die breite unterrichtspraktische, wissenschaftliche, ökonomische und politische Expertise unseres Netzwerks zur Verfügung.

3. April 2020

Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland